



Liebe MitstreiterInnen, liebe Interessierte, Freunde und Nachbarn,

einige Neuigkeiten vom Weserufer:

Der BUND hat sich unseren Forderungen angeschlossen. Hier ein Auszug aus der Veröffentlichung:

„Der BUND fordert von den politisch Verantwortlichen die rechtsverbindliche Festlegung, dass die Weserufer oberhalb der Kaisenbrücke aus Hochwasserschutzgründen von weiteren Bauprojekten gleich welchen Zweck freigehalten bleiben.“ Der ganze Text ist unter [http://www.bund-bremen.net/publikationen/presse/presse\\_show.php?id=367](http://www.bund-bremen.net/publikationen/presse/presse_show.php?id=367) nach zu lesen.

Die geplante Bebauung des Weserufers (BP 2377) gehört ja zu dem Projekt „10 Flusspunkte“. Aus gut informierten Kreisen erfuhren wir, dass der Punkt im Stephanieviertel zur Zeit ruht, der Punkt 10, Bebauung der Arkaden (Tiefer) gestrichen wurde, weil das Fundament angeblich einen Neubau nicht trägt und Flusspunkt 6 „Wesertor“, Wilhelm-Kaisen-Brücke auf der Stadtseite direkt neben Kühne & Nagel auch vom Tisch ist, weil K & N eine Bebauung abgelehnt hat! Anwohner des Stadtwerders, mehrere Tausend Bremer Bürger und der Neustädter Beirat haben sich gegen die Bebauung des Weserufers, Punkt 9, ausgesprochen und haben lt. Baubehörde kein Mitspracherecht und kein Recht auf Anhörung, aber eine Firma sagt nein und der Punkt ist vom Tisch. Unglaublich aber wahr.

Auch die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat ein Mitspracherecht und soll bzw. wurde zwischenzeitlich zum Punkt 9, Bebauung des Weserufers, befragt. Und was ist mit den Bürgern dieser Stadt? Einbeziehung der Bürger, Bürgerbeteiligung allein ein formaler Akt? Guckt man sich das letzte Wahlergebnis und die Wahlbeteiligung an wundert man sich nicht. Hier können Politiker nun zeigen, ob es ihnen mit der Bürgerbeteiligung wirklich ernst ist.

Das Bürger weniger Rechte haben als Firmen und das unter einer Rot-Grünen Regierung, können und wollen wir nicht glauben und hinnehmen. Wir werden diese Ungleichbehandlung rechtlich prüfen lassen.

Massive Eingriffe in den Straßenverlauf (Verengung) wird es lt. Baubehörde bei der Bebauung des Weserufers geben.

Aus gut informierten Kreisen erfuhren wir, dass nun auch eine Bürohausbebauung am Ufer ins Auge gefasst wird (wegen des starken Verkehrslärmes in der Werderstraße). Damit wäre das immer wiederkehrende Argument Bremen braucht bis zum Jahr 2020 15.000 neue Wohnungen vom Tisch. Das dieses sowieso nicht stimmt sagt ja auch Herr Pohlmann, Baupolitischer Sprecher der SPD, in einer Pressemitteilung dieses Jahres: - Stadtentwicklung an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten - „Wenn die CDU aus dem Gewos - Gutachten den voreiligen Schluss zieht, dass in Bremen 15.000 Wohnungen fehlen, dann hat sie das Gutachten nicht richtig gelesen oder aber nicht verstanden. Hierbei handelt es sich lediglich um den rechnerischen Nachfragebedarf. Laut Gutachten sind noch knapp 10.000 Wohnungen in Bremen vorhanden. Und dieses Angebot ist sofort zur Vermarktung geeignet.“ Und da wir schon mal dabei sind, im August wurden zur Vermietung 85.000 qm Bürofläche angeboten und das alleine in der Überseestadt, Airport-City und in der Innenstadt. Einige Politiker haben in der

letzten Zeit häufig die Zauberformel und gleichzeitig das Totschlagargument Innenverdichtung statt Flächenverbrauch auf den Lippen. Für die Bebauung dieses Ufergrundstückes ist dieses Argument absolut unglaubwürdig. Würde man es hiermit im Übrigen wirklich ernst meinen, hätte die Rot-Grüne Koalition mit allen Mitteln die geplante Bebauung der 70.000 qm Innendeichwiese in Habenhausen verhindern müssen. Stattdessen stimmten sie im Parlament am 29.9.09 bei Enthaltung aller anderen Parteien für die Bebauung dieser Wiesen. Diese 70.000 qm liegen an der Landesgrenze zu Niedersachsen. Wenn dieses kein Randbereich ist, was ist denn dann ein Randbereich? Auf die in Niedersachsen liegenden Flächen und deren möglichen Zersiedelung haben Bremer Politiker jedenfalls keinen Einfluss. Die Habenhausener Wiesen wurden übrigens von der Immobilienfirma Gebr. Rausch, Geschäftsführer Peter Sakuth, ehemals SPD-Innensenator, schon vor der Parlamentsabstimmung auf dem Markt angeboten und vermarktet.

Anscheinend ist hier eher Geschäftemacherei als Innenverdichtung aus ökologischen Gründen das Thema. Ähnlich die Geschichte im „kleinen Stadtwerderwald“. Es sollen große Sichtschneisen in den Werderseewald geschlagen werden, damit die Immobilienfirma Robert C. Spies die dort entstehenden Wohnungen mit Seeblick verkaufen kann. Bei dem grünen Bau- und Umweltsenator mutieren diese Sichtschneisen und Seeblicke dann zu Sicht- und Kommunikationsbeziehungen die Stadtteile verbinden und Beziehungen herstellen. Wer sich da nicht verarscht fühlt, verdient ganz klar Geld damit.

Einfach nur dreist und unverschämt.

Das war's fürs erste.

Über Ideen, Vorschläge und Mitarbeit freuen wir uns. Nehmt Kontakt zu uns auf.  
Bremen, den 20.10.2009

[www.bremeramfluss.de](http://www.bremeramfluss.de)

[info@bremeramfluss.de](mailto:info@bremeramfluss.de)